sem Thema, verschiedentlich mit der Forderung nach einer rechnerischen Festlegung des Frauenanteils (Quotierung), unterstützen grundsätzlich die Forderung nach Gleichstellung der Frauen in der SPD.

KOMMUNALPOLITIK (Anträge 377 - 381)

Zu kommunalpolitischen Problemen liegen insgesamt fünf Anträge vor. Zwei davon befassen sich ausführlich und intensiv mit der Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung und gehen auf zunehmende Bürokratisierung und hohen Verwaltungsaufwand ein. Der Unterbezirk Gross-Gerau weist dabei insbesondere auf die praktische Verwirklichung des kommunalpolitischen Grundsatzprogramms der SPD hin.

WOHNUNGSPOLITIK (Anträge 382 - 407)

Im Bereich Bodenpolitik gibt es zwei Anträge, von denen sich der eine (Ortsverein St. Arnual) mit der Bodenspekulation auseinandersetzt. Ausgehend von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Grund und Boden fordert der Antrag eine erneute Gesetzesinitiative zur Eindämmung der Bodenspekulation.

Ziel sozialdemokratischer Wohnungspolitik ist die Versorgung aller Bürger mit ausreichendem, menschenwürdigem, familiengerechtem und preisgünstigem Wohnraum. Ausgehend von dieser Maxime beschäftigen sich 23 Anträge mit sozialdemokratischer Wohnungspolitik. Der Unterbezirk München legt einen ausführlichen Antrag vor, der insbesondere ein soziales Bodenrecht fordert und zur Überwindung der vielfach zu beobachtenden neuen Wohnungsnot den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus anregt. Sozialer Wohnungsbau soll vorrangig in großstädtischen Ballungsräumen mit akuter Wohnungsnot für familien-, alten- und behindertengerechte Wohnungen und für Mietwohnungen durch die öffentliche Hand gefördert werden. Ein weiterer Aspekt dieses Antrags befasst sich mit der Zweckentfremdung von Wohnraum und der häufig zu laschen Kontrolle der Verwaltungen bei Zweckentfremdung.

verstärktes Angebot an Sozialwohnungen fordern sieben weitere Anträge, darunter der Bezirk Westliches Westfalen mit der Anregung, die Einkommensgrenzenregelmässig fortzuschreiben. Eine Forderung, der sich im Grundsatz auch die anderen Anträge anschliessen.

Fünf Anträge setzen sich für eine umgehende Erhöhung bzw. Dynamisierung des Wohngeldes ein. Unter anderen befürwortet der Bezirk Franken eine Novellierung des Wohngeldgesetzes in der Weise, dass Wohngeld für Sozialwohnungen möglich wird, die stei-